

Auseinandersetzungen in einer Gesellschaft geben, deren Wertmaßstäbe stark vom lateinischen Männlichkeitskult bestimmt sind.

Für den Meinungsforscher Giam-paolo Fabris steht schon jetzt „einwandfrei fest“, daß nach zehn Jahren Feminismus „die meisten Italienerinnen ein gewandeltes Selbstverständnis haben... und eine andere Art der Beziehung zwischen den Geschlechtern wünschen“. Aber: Hat der Feminismus auch die italienischen Männer geändert?

„Bisher nur eine Minderheit“, urteilt Fabris, dessen Institut Demoscopa einen repräsentativen Querschnitt der männlichen Bevölkerung befragte.

Zwei Drittel der Italiener, so ergab sich, glauben bewußt oder unbewußt weiterhin an die Überlegenheit des Mannes — und benehmen sich folglich wie Paschas, am Arbeitsplatz wie im Bett. 55 Prozent bevorzugen eine „abhängige“ Ehefrau, die aufs Wort pariert.

Immerhin würden inzwischen 43 Prozent der Italiener lieber eine selbstbewußte, unabhängige Frau heiraten, wobei vor allem Männer unter 30 wachsendes Verständnis für emanzipierte Partnerinnen zeigen. Der Psychoanalytiker Cesare Musatti: „Ein hoffnungsvolles Zeichen.“

UNTERNEHMER

Harter Knochen

Amerikanische Finanzbeamte verdächtigen den Computer-Multi IBM unstatthafter Bilanzmethoden.

Die Manager der amerikanischen Computerfirma IBM haben Ärger mit den Steuerbehörden in ihrem Stammland: Ihre Bilanzen sind zwar streng nach gesetzlichen Vorschriften gefertigt — aber die Gesetze waren zum Teil die falschen, nämlich deutsche.

Die Steuerprüfer von New York wollen im Rechenwerk der Computerbauer einen unsauberen Trick entdeckt haben. Dadurch habe die Firma mindestens 1,19 Milliarden Mark nicht als Gewinn deklariert und Steuern von fast 200 Millionen Mark gespart.

Der Trick: Die Konzernmutter habe, zumindest teilweise, Gewinne versteckt, indem sie ihre Tochter IBM Deutschland GmbH hohe Pensionsrückstellungen bilden ließ. Das Konzernergebnis sei dadurch bescheidener ausgefallen, die Steuerlast leichter geworden.

Die Direktion des deutschen IBM-Ablegers läßt inzwischen um Verständnis bitten, daß sie „in dieser Sache lieber gar nichts sagen“ will. Dabei bräuchte die Sache den Stuttgarter Managern überhaupt nicht peinlich zu sein: Nach deutschem Recht sind die Bilanzen in Ordnung.



IBM-Produktion in Stuttgart: Für die Konzernmutter Gewinne versteckt?

In der Bundesrepublik ist präzise geregelt, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe die Firmen Gewinne für künftige Pensionszahlungen in ihre Reserven tun können. Die deutschen Behörden akzeptieren diese Beträge als steuerfrei, obwohl sie wissen, daß die Unternehmen in guten Jahren großzügige Altersvorsorge betreiben.

Die Amerikaner konnten sich mit dieser Methode der Steuerverkürzung noch nie so recht anfreunden. Pensionsrückstellungen deutscher Art sind in Amerika grundsätzlich keine Ausgaben, die das Unternehmen vom zu versteuernden Gewinn abziehen darf.

Nach amerikanischem Recht müssen die Altersruhegelder an einen firmenfremden Fonds überwiesen werden. Der verwaltet dann selbständig die Gelder und legt sie außerhalb des Unternehmens an. Nur in solchen Fällen verfahren die amerikanischen Steuerbehörden ähnlich großzügig wie ihre westdeutschen Kollegen.

Die Rückstellungen der deutschen IBM-Tochter aber, argumentieren die US-Rechercheure, hätten das Ergebnis auch der Muttergesellschaft verkleinert. Die IBM-Zentrale in Armonk, New York, müsse diese Rückstellungen in den USA versteuern.

Die Berechnung der fälligen Beträge wird schwierig werden. Denn Grundlage der Besteuerung ist die konsolidierte IBM-Weltbilanz — die Bilanz also, in der alle Firmen des Konzerns mit ihren Kosten und Erträgen erfaßt sind.

Diese Weltbilanzen, die auch andere multinationale Konzerne, etwa Exxon und Ford, präsentieren, sind selbst für

ausgefuchste Experten nicht immer leicht zu lesen. Ohne intime Kenntnis der IBM-Bilanzierungs-Methoden, so meinen die Fachleute, sei aus dem Konzerngewinn der Anteil der deutschen Tochter kaum herauszurechnen. Mit der schlichten Übernahme der deutschen Rückstellungen in die Konzern-Ertragsrechnung sei es jedenfalls nicht getan.

Selbst die Steuerprüfer in New York hatten das Rechenwerk der IBM über Jahrzehnte hinweg nicht beanstandet, weil sie offenbar nicht die Feinheiten durchschauten. Dafür sind sie jetzt um so gründlicher: Sie fordern Steuern gleich rückwirkend für mehrere Jahre.

Andere Multis mit ertragreichen Töchtern in der Bundesrepublik verfolgen den Steuerstreit inzwischen mit wachsendem Unbehagen. Sie fürchten, daß die US-Steuerbehörden auch ihre Bilanzen nach IBM-Muster näher prüfen könnten.

So schnell allerdings wird das kaum gehen. Denn die Steuerprüfer haben sich den härtesten Knochen gleich für den Anfang vorgenommen: Mit dem Computer-Riesen und seinen Anwälten sind die US-Behörden bisher schon nur sehr schwer zurechtgekommen.

Obwohl der Steuerstreit wegen der Wirkung auf die Öffentlichkeit den IBM-Leuten zu schaffen machen wird, geben amerikanische IBM-Kenner auch der Finanzbehörde in der rechtlichen Auseinandersetzung letztlich wenig Chancen. „Die werden“, vermutet der Firmenberater Ulric Weil, „die Sache einfach etliche Jahre vor den Gerichten schmoren lassen.“ ◆